

26.08.2011

Hermann-Ehlers-Platz

Liebe Steglitz-Zehlendorferinnen und Steglitz-Zehlendorfer,

liebe Bürgerinnen und Bürger,

in gut drei Wochen finden die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen statt.

Sie sind aufgefordert, darüber zu entscheiden, wie sich Berlin und Steglitz-Zehlendorf in den kommenden fünf Jahren entwickeln soll.

Steglitz-Zehlendorf ist ein ausgesprochen schöner Bezirk. Wir leben gern hier. Viele Berliner und Touristen kommen zu uns, um auf der Schloßstraße zu flanieren, an der Freien Universität zu studieren oder sich am Wannsee zu erholen. Die Vielfältigkeit an Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur ist beispiellos. Das Pro-Kopf-Einkommen unter allen Bezirken ist am höchsten, die Kriminalitätsrate am niedrigsten. In Steglitz-Zehlendorf scheinen soziale Probleme nicht so drängen wie anderswo sein. Selbst der Tagesspiegel schrieb dieser Tage, es gäbe keine großen politischen Streitthemen im Bezirk.

Man muss sich also schon die Frage stellen: Wozu tritt DIE LINKE hier überhaupt an. Es ist doch alles paletti.

Nein, es ist eben nicht alles gut in unserem Bezirk. Über 12 000 Familien sind in Steglitz-Zehlendorf auf staatliche Unterstützung angewiesen. Sie leben von Arbeitslosengeld, Hartz-IV oder werden derartig schlecht für ihre Arbeit bezahlt, dass sie aufstockende Leistungen beziehen müssen. Die Mieten im Bezirk sind teurer als im Durchschnitt der Stadt. Die Kluft zwischen hohen und niedrigen Einkommen ist in unserem Bezirk größer als anderswo.

Die in der Bezirksverordnetenversammlung vertretenen Parteien ignorieren die bestehenden Probleme. Es ist ihnen gleichgültig, dass eine immer größere Lücke zwischen den Yacht-Besitzern am Wannsee und Arbeitssuchenden in Hochhaussiedlungen klappt. Die Bezirks-CDU verhehlt das nicht einmal und wird damit, dass alles so bleiben soll wie es ist.

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

es darf eben nicht alles bleiben wie es ist. DIE LINKE will den Bezirk verändern. Wir wollen gemeinsam mit Ihnen allen Steglitz-Zehlendorf zu einem Bezirk machen, in dem jede und jeder teilhaben kann. Wir kämpfen gemeinsam mit ihnen für einen Politikwechsel. Wir setzen in unserer bezirklichen Arbeit auf inhaltliche Veränderungen und wollen uns nicht nur darauf konzentrieren, irgendwelche Plätze umzubenennen oder monatelang Texte für Wegweiser debattieren.

DIE LINKE Steglitz-Zehlendorf hat fünf Schwerpunkte für die Arbeit in unserem Bezirk. Zuvorderst die Bildungspolitik:

Die Einigung des rot-roten Senats mit den Initiatoren des Kita-Volksbegehrens und des Berliner Kitabündnisses über den Stufenplan zur Verbesserung der Personalausstattung an den Berliner Kitas

verbessert die Rahmenbedingungen für die pädagogische Arbeit und die Bildungschancen unserer Kinder. Deshalb kommt es jetzt darauf an, den Anspruch auf eine Ganztagsbetreuung ohne Bedarfsprüfung umzusetzen. Jedes Kind muss die Möglichkeit der Ganztagsbetreuung bekommen, völlig egal, wie alt die Eltern sind oder ob sie einer beruflichen Tätigkeit nachgehen oder nicht. Die Nachfrage nach Kita-Plätzen steigt immer mehr an. Eltern wollen, dass sich Kitas zu echten Bildungseinrichtungen weiter entwickeln. Wir werden in der BVV dafür kämpfen, dass das Bezirksamt nun auch eine ausreichende Anzahl an ausfinanzierten Kita-Plätzen sicherstellt und natürlich, wenn nötig, neue Plätze in bestehenden oder neu zu gründenden Kitas schafft. Dabei steht Eines für uns völlig außer Frage: Bei aller guten Arbeit, die in den Einrichtungen der freien Träger geleistet wird; auch dort werden Erzieherinnen und Erzieher Löhne gezahlt, die geringer sind als in öffentlichen Einrichtungen. Deshalb müssen die Kitas des Eigenbetriebes erhalten werden und dürfen nicht an freie Träger übertragen werden.

Steglitz-Zehlendorf wächst. Viele junge Familien ziehen hierher. Natürlich wirkt sich das auch auf die Schullandschaft und die Schulpolitik des Bezirks aus. Doch das Zahlenmaterial, auf dessen Grundlage die Schulentwicklungsplanung einst erarbeitet wurde ist längst veraltet und gibt keine verlässliche Auskunft mehr. Das Bezirksamt verschläft hier die Entwicklungen und galoppiert der Realität hinterher. DIE LINKE Steglitz-Zehlendorf erwartet, dass die Schulkapazitäten endlich an die realen Bedarfe angepasst werden. Das heißt eben auch, einzusehen, dass auf jede weitere Schulstandortschließung zu verzichten ist! Im Gegenteil, es gilt jetzt die Neuzuweisung einzelner Standorte, wie z. B. für mehr Grundschulkapazitäten in Dahlem, vorzubereiten.

Überhaupt begreifen CDU, SPD und GRÜNE nicht, wie Schulen funktionieren müssen. Inzwischen fabuliert jeder von Ganztagschulen. Doch dabei übersehen die im Bezirksamt handelnden Parteien, dass es an ihnen liegt, diesen Begriff mit Leben zu erfüllen. Das vielfältige Angebot an Sport- und Kulturvereinen, Musikschulen und Freizeiteinrichtungen bietet schon heute Kindern und Jugendlichen die besten Möglichkeiten, sich auch außerhalb des Unterrichts sinnvoll zu beschäftigen. DIE LINKE Steglitz-Zehlendorf will gemeinsam mit Eltern, Lehrern, Schülern und engagierten Ehrenamtlichen Konzepte entwickeln, wie durch sinnvolle Kooperationsprojekte den Bedürfnissen aller Beteiligten entsprochen werden kann und letztlich die Attraktivität unserer Bildungseinrichtungen gestärkt wird. Die Potenziale liegen doch auf der Hand. Es ist die Aufgabe der Bezirkspolitik sie auch endlich zu nutzen.

Aber es ist nicht verwunderlich, dass es dazu bislang nicht gekommen ist. CDU und GRÜNE haben schließlich andere bildungspolitische Schwerpunkte. Ungeachtet der Tatsache, dass die Mehrheit der Deutschen Auslandseinsätze der Bundeswehr und die Stationierung deutscher Soldaten in Afghanistan ablehnt, haben CDU und GRÜNE den Schulen in unserem Bezirk empfohlen, Angebote der Bundeswehr zur Durchführung von Unterrichtsstunden anzunehmen.

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

nein – wir wollen unseren Schülerinnen und Schülern nicht das Berufsziel des bewaffneten Soldaten im Kampfeinsatz als Normalität vermitteln. Die Bundeswehr hat in Afghanistan genauso wenig zu suchen wie an unseren Schulen!

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

Kinder- und Jugendpolitik wird viel zu oft auf Kita, Schule und Ausbildung verknüpft. Für uns LINKE ist Jugendpolitik jedoch ein Querschnittsbereich, der sich nicht auf bestimmte Politikfelder begrenzen lässt. Jugendpolitik ist keine Betroffenenpolitik. Es geht viel mehr darum, junge Menschen zu befähigen, eigenständig und selbstbestimmt zu handeln. Wir werden deshalb in der BVV dafür kämpfen, dass die Entscheidungsrechte von Kindern und Jugendlichen in allen Institutionen ausgeweitet werden, in denen für sie oder mit ihnen gearbeitet wird. Es muss Schluss damit sein, dass Kinderlärm nur im Wahlkampf Zukunftsmusik ist und Gelder für Jugendliche auf Zahlen in der Haushaltsplanung reduziert werden. Es braucht eine echte Beteiligung junger Menschen im Bezirk, auch in Form von Kinder- und Jugendkonferenzen oder eines Jugendparlamentes.

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

vor wenigen Wochen erhielten wir einen Brief der verdi-Gruppe im Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schilderten uns die dramatische Situation im Jugendamt. Die anfallenden Aufgaben können kaum noch erfüllt werden, das Amt ist personell chronisch unterbesetzt. Das ist ein unhaltbarer Zustand! Kommunale Jugendarbeit ist eine originäre Bezirksaufgabe. Die Hilfen zur Erziehung eine sogenannte Pflichtaufgabe. Es ist eine Frage politischer Schwerpunktsetzung, diese Aufgaben ordentlich auszufinanzieren. Wir werden die hilflose Rechtfertigungsrhetorik der CDU, SPD und GRÜNEN nicht einfach hinnehmen und dafür kämpfen, dass die Jugendhilfe in Steglitz-Zehlendorf wieder auf eine langfristig tragfähige finanzielle Grundlage gestellt wird.

Liebe Steglitz-Zehlendorferinnen, liebe Steglitz-Zehlendorfer,

auch ein anderes Thema bewegt die Gemüter jeden Tag. Seit wenigen Wochen haben nahezu alle Parteien die Wohnungs- und Mietenpolitik auf die Agenda gesetzt. Auf allen Ebenen hört man nun kluge Worte und mehr oder weniger hilfreiche Vorschläge. Auch in Steglitz-Zehlendorf sind steigende Mieten ein Problem, das viel zu wenig Beachtung findet.

Die Leerstandszahlen in Zehlendorf in der Relation mit der angespannten Situation in den Hochhaussiedlungen offenbart, dass die Investitionen der vergangenen Jahre in Projekte des Hoch- und Höchstpreissegment eine völlig verfehlte Politik war. Neue Wohnungsbauprojekte dürfen deshalb zukünftig ausschließlich im unteren Preissegment genehmigt werden. Nur so wird das Ziel des bezahlbaren Wohnraums für alle zu erreichen sein.

Auch die stärker um sich greifende Zweckentfremdung von Wohnraum muss gestoppt werden. Die Umwandlung von Wohnraum in Büros oder Ferienwohnungen führt zu einer künstlichen Verknappung des Wohnungsmarktes und treibt die Mieten in die Höhe. DIE LINKE Steglitz-Zehlendorf begrüßt deshalb die Initiative des rot-roten Senats zur Änderung der Betriebsverordnung für Beherbergungsstätten, damit der Missbrauch des Rechtsrahmens gestoppt wird.

Wir werden in der BVV die Möglichkeiten des Bezirksamtes nutzen, damit entsprechend der Bedürfnisse und Interessen von Mieterinnen und Mieter agiert wird. Mieterinnen Mieter dürfen nicht weiter aus ihrer gewohnten Umgebung vertrieben werden!

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

spätestens seit der Reaktorkatastrophe im japanischen Fukushima muss jedem klar sein, dass die Atomtechnologie auch in hochtechnisierten Ländern nicht zu beherrschen ist. Kein noch so gute

Sicherheitssystem kann die Risiken der Kernkraft beseitigen. Auch wir in Steglitz-Zehlendorf sind mit den Gefahren der Atomkraft konfrontiert. Auch hier bei uns ist eine Kernschmelze möglich. Ich spreche vom Forschungsreaktor des Helmholtz-Zentrums in Berlin-Wannsee. Der fast 40 Jahre alte Schwimmbadreaktor befindet sich in einer ungeschützten alten Werkhalle, deren Dach lediglich Schneelasten standhält. Einem Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages zufolge ist der Forschungsreaktor in Wannsee derjenige mit den meisten meldepflichtigen Ereignissen in ganz Deutschland. Die Rechtfertigungsparolen des Helmholtz-Zentrums können vor diesem Hintergrund wohl nur noch eingefleischte Lobbyisten überzeugen. Der Forschungsreaktor Wannsee ist ein unnötiges und unerträgliches Risiko für Berlin. DIE LINKE Steglitz-Zehlendorf steht in dieser Frage entschlossen an der Seite der Bürgerinitiativen. Wir wollen, dass der Forschungsreaktor umgehend und dauerhaft abgeschaltet wird!

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

die Ignoranz von CDU und GRÜNEN in Steglitz-Zehlendorf lässt sich an zahllosen Beispielen illustrieren. Ein besonders unverschämtes ist der Umgang mit dem ehemaligen Militär-Übungsplatz in Lichterfelde-Süd. Seit dem Abzug der amerikanischen Soldaten liegt das 100ha große ehemalige Übungsgelände in Lichterfelde Süd brach. Der CDU-Bezirksbürgermeister Norbert Kopp hat sich nun offenkundig entschlossen, sich auf diesem Gelände einen Kindheitstraum zu erfüllen. Die CDU wirbt dafür, einen Golfplatz mit angeschlossenen Luxusquartieren in Lichterfelde zu errichten. Diese unverschämte Idee muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen: In den Schulen des Bezirks regnet es rein, Radfahrer kämpfen tagtäglich mit der katastrophalen Radwegen und die CDU möchte einen Golfplatz bauen. Das zeigt die ganze Abgehobenheit der Bezirkspolitik von CDU und GRÜNEN in Steglitz-Zehlendorf. Wir LINKE wollen das ehemalige Militärübungsgelände als Naherholungsgebiet für alle Berlinerinnen und Berliner erschließen. Wir wollen ein ökologisches Kleinod statt Beschäftigungstherapien für Reiche!

Liebe Steglitz-Zehlendorferinnen und Steglitz-Zehlendorfer,

die Liste der Verfehlungen der vergangenen Jahre ließe sich noch lange fortsetzen. Zum Beispiel mit den CDU/GRÜNE-Plänen für den Truman-Plaza, bei denen Skateranlagen und Einzelhandelsgeschäfte für Luxuswohnungen weichen sollen.

Feststellen lässt sich immer wieder: Egal, ob SPD oder CDU. Völlig gleichgültig, ob GRÜNE oder Gelbe. Unterschiede von den bisher im Bezirksamt vertretenen Parteien sind kaum zu erkennen. Die Politik unseres Bezirks hat sich von den Menschen entfernt. Eine Diskussion darüber, was wirklich notwendig ist, findet nicht statt. Allenfalls bei den zahlreichen Platzumbenennungskulten dürfen sich Bürgerinnen und Bürger zu Wort melden. Mit transparenter und zukunftsorientierter Politik hat das alles herzlich wenig zu tun. Durch Ihre Stimmenabgabe am 18. September entscheiden Sie darüber, ob das auch zukünftig so bleibt. Sie entscheiden, in welchem Maß Jugendclubs, Kitas und Schulen ausgestattet werden. Sie entscheiden, welchen Stellenwert Fußgänger, Schulkinder, Radfahrer und der ÖPNV gegenüber den Autofahrern erhält. Sie entscheiden darüber, wie sozial und selbstbestimmt sich Steglitz-Zehlendorf entwickelt.

DIE LINKE macht Ihnen ein neues Politikangebot. Wir wollen gemeinsam mit Ihnen machbare Alternativen entwickeln. Wir stehen für mehr Transparenz und Beteiligung, z. B. durch Bürgerkonferenzen und einen Bürgerhaushalt.

Natürlich: Auch wir können kein Geld drucken. Wir werden auch nicht jeden glücklich machen und schon gar nicht werden wir alles besser können. Aber eines, das verspreche ich Ihnen: Wir haben Ideen, wir haben Mut und Leidenschaft. Wir sind hartnäckig und entschlossen und werden den Finger in die Wunde legen. Wir werden gemeinsam mit Ihnen neue Ideen und Vorschläge auf die Agenda bringen. Es braucht frischen Wind in der Bezirkspolitik in Steglitz-Zehlendorf. Sie haben es in der Hand. Geben Sie sich einen Ruck und lassen Sie uns Druck machen für ein besseres Steglitz-Zehlendorf! Wählen Sie DIE LINKE.

Herzlichen Dank!